



# Am Ende von Europa

**A**m Morgen des 28. Februar läutete das Handy, es war ein afghanischer Freund, der aufgeregt berichtete, dass die Türkei die Grenzen geöffnet habe und aus Istanbul Busse Richtung Griechenland und Bulgarien unterwegs seien. Es leitete uns dann Videos weiter, aufgenommen um 4 Uhr früh. Diese zeigten, wie Dutzende junge Afghanen sich um einige Kleinbusse drängten. Die Stimme des Filmenden aus dem Off berichtete von der Grenzöffnung und dem bevorstehenden Aufbruch.

Die *asylkoordination* und die anderen Flüchtlings-NGOs standen an diesem Tag völlig unter dem Eindruck der Kündigung der Rahmenverträge für eine unabhängige Rechtsberatung. Auch die Medien blieben mit ihrer Berichterstattung zurückhaltend. Während des Tages ruderten die türkischen Behörden zunächst zurück, man habe die

Grenze schon wieder geschlossen.

Aber es waren bereits Tausende unterwegs und die rechte griechische Regierung hatte begonnen, mit allen Mitteln gegen die Flüchtlinge an der Grenze vorzugehen.

## **Presseaussendung der *asylkoordination* vom 28. Februar 2020**

Anlässlich der Zuspitzung der Situation in Syrien und der damit verbundenen Ankündigung der türkischen Regierung, die Grenzen zu Bulgarien und Griechenland zu öffnen, fordert die *asylkoordination österreich* die Bundesregierung zu sofortigem Handeln auf.

## **Evakuierung der griechischen Inseln**

Österreich muss gemeinsam mit anderen EU-Ländern Griechenland bei der Bewälti-

Seit vielen Jahren sind die unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln bekannt.

Auch *asyl aktuell* hat immer wieder darüber berichtet. Wir haben diese Ausgabe mit Bildern aus den letzten fünf Jahren illustriert. Sie alle zeigen, was Europäische Politiker\*innen all die Jahre nicht sehen wollten: Das Ende Europas als Verteidigerin der Menschenrechte.

gung der Krise auf den Inseln in der Ägäis unterstützen. Die Menschen, die in den völlig überfüllten Lagern festsitzen, müssen sofort aufs Festland evakuiert werden.

Österreich darf nicht warten, bis eine Einigung auf EU-Ebene zustande kommt. Eine solche wird es mit Viktor Orban und Jarosław Kaczyński nicht geben. Vielmehr muss Österreich endlich Flüchtlinge aus Griechenland im Rahmen von Relocation-Programmen übernehmen. In erster Linie gilt es, besonders Schutzbedürftige, wie Minderjährige oder alleinstehende Frauen und Familien mit kleinen Kindern aus den menschenunwürdigen Verhältnissen der Lager zu befreien. Österreich hat sich in der Vergangenheit schon erfolgreich an derartigen Evakuierungsaktionen beteiligt (z.B. von 5.000 kosovarischen Flüchtlingen aus Makedonien).

#### **Krisenstab und Hochfahren vorhandener Betreuungskapazitäten**

Weiters bedarf es der rechtzeitigen Einrichtung eines Krisenstabs unter Einbeziehung der NGOs und Blaulichtorganisationen, um bereit zu sein, Flüchtlinge aufzunehmen, zu registrieren und menschenwürdig unterzubringen – die, die aus Griechenland evakuiert werden müssen, aber auch jene, die sich auf anderem Weg nach Österreich retten können.

Immerhin gibt es noch 22 Quartiere, die das BMI angemietet hat, die aktuell aber leer stehen. Diese Kapazitäten müssen umgehend aktiviert werden.

#### **EU-Massenzustrom Richtlinie**

Auf EU-Ebene wird es nichts bringen, auf eine Einigung aller 27 Mitgliedsstaaten zu warten. Hier muss Österreich mit jenen Ländern, die die europäischen Werte hochhalten und sich an internationale Verpflichtungen zum Schutz von Flüchtlingen hal-

ten, zusammenarbeiten und schnelle und konzertierte Krisenbewältigung betreiben. Den Rahmen könnte die **EU-Richtlinie 2001/55/EG** „Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen“ vorgeben, auch wenn sich nicht alle EU-Staaten auf deren In-Kraft-Setzung einigen können.

#### **Toter an der Grenze**

Was in den nächsten Tagen folgte, war in erster Linie ein hemmungsloser Propagandakrieg zwischen der EU und der Türkei. Flüchtlingshelfer\*innen und Journalist\*innen auf den griechischen Inseln wurden von gewaltbereiten Rechtsradikalen aus Deutschland und Österreich angegriffen, die erst nachdem sie ein Gemeinschaftszentrum niedergebrannt hatten, vertrieben und schließlich von Griechenland ausgewiesen werden konnten.

Auf der Strecke blieben im Tränengasnebel die europäischen Grundrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und schließlich auch die Informationsfreiheit.

Am Montag, den 2. März, kam auf dem Kurznachrichtendienst Twitter die Meldung eines BBC-Journalisten, dass ein Flüchtling von den griechischen Sicherheitskräften erschossen worden sei. Falter-Chefredakteur Klenk berichtete von einer Kontaktaufnahme mit dem BBC-Kollegen, andere Journalist\*innen berichteten von Kontakten zur Familie des Ermordeten.

Wir bereiteten eine Presseaussendung vor und versuchten die Nachricht über den Todesfall zu verifizieren. Wenig später die Meldung: Die griechische Regierung hat türkische Berichte über einen toten Migrant dementiert. „Die Fake-News haben kein Ende, es gibt keinen solchen Vorfall mit Schüssen von griechischen Beamten“ sagte ein griechischer Regierungssprecher.



In den nächsten Tagen wurde das vorliegende Material (Handy-Videos) über den Tod eines jungen Syrers am Montag, den 2. März um 8:30 vom Institut *Forensic Architecture* detailliert analysiert. *Forensic Architecture* ist eine Gruppe von Wissenschaftler\*innen am Centre for Research Architecture Goldsmiths, University of London, die Menschenrechtsverletzungen mit Hilfe architektonischer Modelle u. ä. untersucht. So wurde im vorliegenden Fall mittels Satellitenbildern überprüft, wo das Video, das den Abtransport eines leblosen Körpers zeigt, aufgenommen wurde. Es lässt eigentlich wenig Zweifel an der Authentizität bestehen.<sup>1</sup>

Die griechische Regierung weigert sich, die Vorwürfe zu untersuchen und bestreitet, dass Menschen zu Tode gekommen sind. Die EU schweigt.

Die Tatsache, dass der Fall von praktisch keinem europäischen Medium vor Ort weiter verfolgt wurde und dass bis zum Erscheinen eines Artikels in der *New York Times* am 10. März keine Klarheit darüber herrschte, ob der junge Syrer tatsächlich getötet wurde oder nicht, eröffnet eine

höchst beunruhigende Frage: Reicht es, dass ein griechischer Minister behauptet, die Meldungen über den Tod eines Geflüchteten seien „fake news“, in die Welt gesetzt von der türkischen Seite, um hunderte europäische Journalist\*innen dazu zu bringen, den Tod des 22-jährigen Syrers Mohammed Yaarub aus Aleppo und all die anderen schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen der griechischen Polizei und Küstenwache einfach totzuschweigen?

Die Journalist\*innen der *New York Times* konnten aufbauend auf die Arbeit von *Forensic Architecture* und eigene Recherchen zweifelsfrei schwerste Menschenrechtsverletzungen, begangen von europäischen Beamten auf europäischem Boden, dokumentieren. Neben den zumindest in den sozialen Medien schon bekannten Vorfällen konnten sie die Existenz eines geheimen Anhalte-zentrums im Norden Griechenlands nachweisen, von dem aus Flüchtlinge illegal zurück in die Türkei gebracht wurden. Davor wurden diese Menschen – wie Zeugen aussagten – noch ihrer Habseligkeiten beraubt und jeglicher

<sup>1</sup> Das Video von Forensic Architecture kann unter <https://vimeo.com/395567226> abgerufen werden.



2 „Wenn das nicht gelingt (menschenwürdige Bedingungen auf den griechischen Inseln zu schaffen) sind wir dafür, Frauen und Kinder herauszuholen“, (APA 2. März 2020)

Kontakt zu NGOs oder Rechtsanwält\*innen unterbunden.

Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen durch die griechischen Behörden ist jedenfalls durch zahlreiche Dokumente und Zeugenaussagen bestätigt. Ob - und wenn ja, welche Folgen das für die unmittelbar Verantwortlichen haben wird, steht in den Sternen.

Die *asylkoordination* unterstützt einen Aufruf zahlreicher internationaler Menschenrechtsorganisationen, der auch die Aufklärung und Sanktionierung dieser Verbrechen fordert.

### **Kategorisches Nein zur Rettung von „Frauen und Kindern“**

In Österreich meldete sich schon am 28. Februar Innenminister Karl Nehammer mit dem dringenden Wunsch zu Wort, Polizisten zur Verteidigung der EU-Außengrenze nach Griechenland und Bulgarien zu schicken.

Am folgenden Montagvormittag reiste er dann ins burgenländische Nickelsdorf, um dort seinen ungarischen Amtskollegen Sándor Pintér zu treffen und eine Pressekonferenz, umrahmt mit paradierenden Polizisten und Blasmusik, abzuhal-

ten, in der man die Absicht zur gemeinsamen Abwehr der Flüchtlinge bekräftigte.

Zurück in Wien erteilte Nehammer dann den zaghaften Versuchen des grünen Vizekanzlers Werner Kogler<sup>2</sup> „Frauen und Kinder“ herauszuholen, eine klare Absage. Das stehe so im Regierungsprogramm, erklärte er den Journalist\*innen, worauf Kogler seine Aussage zur „Privatmeinung“ herabstufte.

Dass am Tag darauf auch Bundespräsident van der Bellen seinen Wunsch deponierte, Österreich solle als Teil einer „Koalition der Willigen“ eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen von den griechischen Inseln aufnehmen, beeindruckte die ÖVP-Führungsriege wenig: „Unsere Linie als Bundesregierung ist klar, nämlich keine zusätzliche freiwillige Aufnahme in Österreich“, beschied Kurz dem alten Herrn in der Hofburg.

### **Wir haben Kapazitäten**

Das Thema war dann fürs Erste vom Tisch. Auf einer Demonstration am Freitag, den 6. März unterstrichen in Wien ca. 3.000 Teilnehmer\*innen die Forderung nach Aufnahme von Flüchtlingen. Die *asylkoordination* legte die Latte mit 5.000 „besonders vulnerablen Personen“ ein wenig höher und bezog sich dabei auf Erfahrungen, die mit der Evakuierung von Flüchtlingen aus Erstfluchtländern, etwa 1999 in der Kosovo-Krise, gemacht worden waren. Damals wurden 5.123 Menschen, die aus dem umkämpften Kosovo nach Mazedonien geflüchtet waren, mit Hilfe von IOM von Skopje nach Wien ausgeflogen.

Ähnliche Forderungen stellten auch andere NGOs, wie die Diakonie, andere übernahmen zunächst das Narrativ von der „Hilfe vor Ort“. Erst am 11. März gab es dann eine gemeinsame Erklärung von Caritas, Diakonie, Menschen.Würde.Öster-

reich, Rotes Kreuz, Samariterbund und Volkshilfe, in der die Regierung aufgefordert wurde, Angehörige besonders vulnerabler Gruppen aus den griechischen Lagern in Österreich aufzunehmen.

Medialen Rückenwind bekamen diese Forderungen ausgerechnet durch die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der FPÖ. Hannes Amesbauer und Kameraden hatten beim Innenminister nachgefragt, für wie viele Quartiere, die das Innenministerium 2015/16 für Asylwerber\*innen angemietet hatte, immer noch Miete bezahlt wird, obwohl sie leer stehen. Das doch erstaunliche Ergebnis: Neben den noch (z.B. als Rückkehrberatungszentren) verwendeten Einrichtungen stehen 18 Quartiere mit einer Kapazität von 3.858 Plätzen leer. Dem Innenministerium kosteten die leerstehenden Einrichtungen im Jahr 2019 insgesamt 3,679.817 Euro.

Der ORF wie auch andere Medien machten sich vor Ort ein Bild, befragten Anrainer, Helfer\*innen von 2015/16 und NGOs. Das Innenministerium gab trotz Nachfragen keine Stellungnahme dazu ab und musste daher auch nicht erklären, warum man sich trotz dieser enormen Kapazitäten weigert, Griechenland zu entlasten, wo sich Anfang März 2020 insgesamt ca. 100.000 Flüchtlinge befanden, allein auf den Inseln über 42.000.

### Weitere Apelle

Ausgehend von der Wissenschaftler\*innen-Plattform *Diskurs* wurde am 11. März ein offener Brief an Bundeskanzler Kurz, Innenminister Nehammer und Außenminister Schallenberg lanciert, der von mehr als hundert Personen des öffentlichen Lebens erstunterzeichnet, in „*Der Standard*“ veröffentlicht und als Online-Petition ins Netz gestellt wurde.

Die *katholische Frauenbewegung* unterstrich in einer Aussendung am 13. März die Forderung nach der Aufnahme von „Frauen und Kindern“ und stellte fest, dass die Politik sich mit der Ablehnung dieser Forderung jenseits des christlich-humanistischen Wertekanons bewege. Die Petitionen-Plattform *#aufstehen* startete unter *#WirhabenPlatz* eine E-Mail-Aktion, deren Ziel es ist, möglichst viele Bürgermeister\*innen dazu zu bringen, sich für die Aufnahme von Flüchtlingen auszusprechen.

*Civil Society Action Committee*, ein Zusammenschluss großer internationaler NGOs von Amnesty International über Caritas International bis Oxfam und Terre des Hommes, appellierte in seiner Stellungnahme am 12. März für die Einhaltung der internationalen Konventionen zum Schutz von Flüchtlingen und Migrant\*innen, insbesondere von Kindern. Es wird in dem Schreiben auch die Solidarität mit den in Griechenland angegriffenen freiwilligen Helfer\*innen ausgedrückt. (We stand in solidarity with our colleagues and citizens who have been attacked for defending and supporting refugees and migrant). (Links siehe auf unserer Website [www.asyl.at](http://www.asyl.at))

Bedingt durch die Corona-Krise scheint seit dem 13. März in Österreich und den meisten anderen EU-Staaten das Thema endgültig „gestorben“, Griechenland und die Länder am Balkan mit den Flüchtlingen und dem Virus allein gelassen. Was seither geschehen ist, wissen Sie, wenn Sie diese Ausgabe der *asyl aktuell* in Händen halten. Ich fürchte, es wird kein Schritt in Richtung, zurück zu Menschenrechten und Humanität gewesen sein.